

Weg mit allen Massensteuern!

Es war höchste Zeit: weibliche Hygieneprodukte sollen nicht mehr als „Luxusgüter“ mit extra hoher Mehrwertsteuer gelten. Doch Konsumsteuern sind generell unsozial: sie treffen Menschen mit wenig Einkommen härter als Reiche – und auch der vielbeschworene „Lenkungseffekt“ ist ein Mythos. Statt solcher Massensteuern braucht es Steuern auf Vermögen und Profite!

Seite 2

Mindestlohn gegen Sexismus

In Belgien wurde eine Kampagne für einen €14-Mindestlohn losgetreten. An der Universität in Gent floss sie mit Protesten gegen einen sexistischen Vortragenden zusammen. Das führte zu einem gemeinsamen und erfolgreichen Streik von Studierenden und Personal für den Mindestlohn und gegen Sexismus. Ein Lehrbeispiel für die Stärke gemeinsamer Kämpfe!

Seite 12

Schwerpunkt

Die International Socialist Alternative (ISA) stellt sich vor und verbindet die Tradition der revolutionären Arbeiter*innenbewegung mit den brennenden Fragen unserer Zeit.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 285 | 03.20

Jeder Tag muss ein Frauentag sein!

Der Frauentag am 8. März betrifft alle, egal ob Frauen oder nicht. Denn die Tatsache, dass Frauen auch im 21. Jahrhundert schlechter bezahlt werden, häufiger von Armut und Gewalt betroffen sind und den Großteil der unbezahlten Arbeit machen, geht alle an. Das sind keine Randprobleme. Das ist nichts, das mit einem Mehr an Ministerinnen oder weiblichen Chefs gelöst werden kann.

Natürlich wäre es besser, wenn die Haus- und Pflegearbeit gleichmäßig auf alle in einer Familie aufgeteilt wäre. Doch noch viel besser ist es, wenn diese Arbeit professionell



Wir brauchen eine Wirtschaft und Gesellschaft, die sich nicht an den Interessen einer kleinen, reichen Elite orientiert, sondern an den Bedürfnissen von allen Menschen.

Um all das geht es auch, wenn wir Frauen für unsere Rechte kämpfen. Am Frauentag, oder z.B. bei den Streiks im Sozialbereich und den Protesten in der Pflege. Denn erst, wenn alle Frauen ohne Unterdrückung und Ausbeutung leben können, können alle Menschen ohne Ausbeutung und Unterdrückung leben.

Sonja Grusch

Wir haben genug von schönen Worten und leeren Versprechen. Frauenrechte müssen wir erkämpfen!

und von der öffentlichen Hand übernommen wird.

Wir brauchen garantierte kostenlose Kinderbetreuung für alle Kinder: Dann muss keine Frau in Teilzeit gehen, die dann zur Altersarmut führt. Wir brauchen eine Arbeits-

zeitverkürzung bei vollem Lohn, damit niemand zwischen Job und Familie zerrissen wird, sondern auch Zeit zum Leben bleibt. Wir brauchen einen Mindestlohn, von dem jeder Mensch unabhängig leben kann und niemand

wegen des Geldes bei einem „Partner“ bleiben muss. Wir brauchen massiven öffentlichen Wohnbau und die Enteignung von aus Spekulationsgründen leerstehendem Wohnraum, damit niemand auf der Straße leben

muss und sich v.a. Frauen von gewalttätigen Partnern trennen können. Wir brauchen einen Gesundheits- und Pflegebereich, wo ausreichend Personal mit ordentlicher Bezahlung alle Patient*innen und Klient*innen so gut betreuen kann, dass deren Menschenwürde erhalten bleibt. Wir brauchen den Schutz von Flüchtlingen vor Verfolgung und Abschiebung auch deshalb, weil das Treten nach unten nur denen da oben nützt.

Die SLP fordert:

- Die Gewerkschaften müssen Frauenrechte endlich ernst nehmen und Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn erkämpfen.
- Es gibt keine Frauenbefreiung im Kapitalismus – weg mit dem System, das Unterdrückung bedeutet.



Von Sonja Grusch In einer profil-Umfrage sagen 71%, dass die Justiz die Eliten schont – sie verstehen, dass diese nicht „unabhängig“ ist. Alle Parteien wollen besonders bei Justiz, Sicherheit und Geheimdiensten „ihre“ Leute unterbringen. Egal ob VSA (SPÖ), CV (ÖVP) oder Bur-schenschaften (FPÖ) – es existieren Seilschaften. Doch es geht um mehr, als nur die ständig präsente Freunderlwirtschaft. Der damalige Innenminister Kickl nahm den Geheimdienst BVT aufs Korn. Kurz prangert SPÖ-Netzwerke in der Justiz an und polemisiert gegen die Korruptionsstaatsanwaltschaft. Die verschiedenen Parteien vertreten zwar alle die Interessen der Elite – haben aber unterschiedliche Konzepte, wie das am besten ginge.

Welche korrupten Parteigänger schützt man, welche opfert man der Stabilität willen? Wie brutal geht man gegen Proteste und Streiks vor, in

Schmierenskomödie oder großes Kino?

der Hoffnung, so größeren Unmut im Keim zu erstickten. Oder macht man kleinere Zugeständnisse, um das große Ganze zu sichern? Was immer die Herrschenden tun, wird – zu Recht – kritisiert. Denn die Tatsache, dass sie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht lösen können, vertieft die politische Krise. Vertrauen und Stabilität sehen anders aus. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wurde kritisiert, dass „der Westen“ immer weniger zusammenhält. Die Risse zwischen den Herrschenden, auf nationalstaatlicher wie auf internationaler Ebene, werden tiefer, weil in der Krise sich jedeR selbst der/die nächste ist. Lenin hat sich 1915 mit den Bedingungen für eine Revolution beschäftigt. Dass „die Unterschichten nicht mehr den Willen haben“ einfach weiter zu machen, ist die eine. Dass „die Oberschichten nicht mehr die Fähigkeit haben, es in der alten Weise weiterzutreiben“ eine andere. Wir stehen – noch – nicht an der Schwelle zu einer Revolution, aber es kracht nicht nur im Gebäck, sondern es brodelt auch im Vulkan.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Kein „Luxus“, aber teuer

Dem Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung zufolge will sie die Mehrwertsteuer auf weibliche Hygienepro-

den sollen, eine Scheinmaßnahme.

Massen- bzw. Konsumsteuern sind nicht an das Einkommen angepasst und

betroffen, da sie generell ein niedrigeres Einkommen aufweisen. Auf viele dieser Ausgaben kann nicht so einfach verzichtet werden. Trotz angeblicher Gerechtigkeit, da sie alle zahlen, bevorzugt die Steuer Vermögende massiv.

Auch der angebliche Lenkungseffekt der Massensteuer funktioniert nicht, wie die Besteuerung von Tabak oder besonders zuckerhaltigen Produkten zeigt. Menschen müssen für ihre Sucht bezahlen, anstatt dass es gezielte Programme zur Vorbeugung oder Überwindung gibt.

Die Alternative ist die Abschaffung aller Massensteuern und deren Ersatz durch die Besteuerung von Firmen sowie der Reichen und deren Eigentum.

Monika Jank

Die Senkung der Tamponsteuer ist viel zu wenig: Weg mit allen Massensteuern!

dukte (Binden, Tampons etc.) von 20% auf 10% senken. Damit würden sie als Produkte des alltäglichen Lebens eingestuft werden. Dieser Schritt wurde höchste Zeit, denn Menstruation gehört für die meisten Frauen zur monatlichen Routine. Allerdings ist dies angesichts der geplanten Kürzungen und der Steuerreform, bei der Reiche entlastet wer-

bewirken eine Umverteilung von unten nach oben – und bringen dem Finanzminister hohe Einnahmen. Da jede*r die Steuer zahlen muss, trifft sie nicht alle gleichermaßen. Personen mit niedrigerem Einkommen müssen den Großteil ihres Geldes für Wohnen, Nahrung und die daran hängende Steuer (Ust, Mwst) ausgeben. Frauen sind dabei besonders hart

Keine Vorreiterrolle – aber Werbeeffekt

In den letzten Jahren senkten einige Länder den Steuersatz auf Hygieneprodukte: In Irland, Kanada, Australien, Nigeria, Libanon, Kenia, Tansania, Uganda, Südafrika, Nicaragua, Jamaika, Indien und Malaysia existiert keine solche Steuer (mehr). Frankreich senkte sie 2015 von 20% auf 5,5%. In Deutschland werden seit Anfang 2020 alle Hygieneprodukte mit 7% statt 19% besteuert. Der türkis-grüne Plan,

falls er tatsächlich umgesetzt wird, spielt demnach keine Vorreiterrolle, sondern schließt sich lediglich einem längeren Trend an. Laut Studien zahlen Frauen im Laufe ihres Lebens für ihre Periode (inkl. Tampons, Binde, Schmerzmittel, etc.) je nach Schätzung bis zu € 20.000. Im Vergleich zu Kaviar sind Hygieneprodukte notwendige Alltagsprodukte und müssen auch für alle kostenlos sein!



Die „Öko-Steuer“ – eine neue Massensteuer!

Von Teilen der Klimabewegung wird eine Form von Öko- oder CO2-Steuer gefordert. Wie andere Massensteuern sind diese unsozial, treffen vor allem Ärmere und werden meist nicht mal zweckgebunden (in diesem Fall für Umweltschutz) eingesetzt.

Es ist gut, wenn Konsument*innen versuchen, umweltbewusster einzukaufen. Sie werden damit aber nicht die Klimakrise lösen. Konzerne, die den Großteil der

klimaschädlichen Emissionen ausstoßen, werden aus der Verantwortung genommen und Konsument*innen, die sich saubere Alternativen oft nicht leisten können, zahlen drauf. Bei der Verteuerung von Benzin sind vor allem Arbeiter*innen, die auf ihr Auto angewiesen sind, betroffen. Stattdessen braucht es mehr und bessere und gratis Öffis in den Städten und am Land. Finanziert durch die Gewinne der Großkonzerne!



Pflege daheim?

Der so betitelt „Pflege-notstand“ war absehbar und ist hausgemacht. Jedoch nicht von all jenen, die in diesem Be-

Kurz kann in diesem Fall keine „unschönen Bilder“ von bis zum Tod dahinvegetierenden Menschen brauchen. Vielmehr wird

chen Überarbeitung und schlechten Bezahlung in stationären Pflegeeinrichtungen und der nicht gesicherten Qualität in

ben und unterstreichen, dass viele Menschen auf Grund der steigenden Armutsgefährdung auf das Pflegegeld als Existenzsicherung angewiesen sind.

Ernsthafte Maßnahmen – eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich verbunden mit einer Gehaltserhöhung als erstem Schritt – sucht man auch unter der Ägide einer grünen Regierungsbeteiligung vergebens. Dabei wäre es in einem Land, in dem auch Pflegeheime und -Agenturen kräftige Gewinne einstreichen, ein Leichtes, die unersetzbare Arbeit der hunderttausenden Kolleg*innen adäquat zu finanzieren.

Moritz Erkl

Nein zur Pflegeversicherung als neue Steuer – ja zur Pflegefinanzierung aus den Vermögen der Reichen!

reich unermüdlich körperliche und emotionale Schwerstarbeit leisten. Sondern von den etablierten Parteien auf der einen und profitorientierten „Pflegeagenturen“ auf der anderen Seite. Bis 2030 werden 75.500 neue Pflegekräfte benötigt, knapp eine Million Menschen pflegen ihre Angehörigen und jeden Tag kommen 27 Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, dazu. Die Regierung

versucht, im Sinne der kapitalistischen Logik „zivilgesellschaftliche Partnerschaften“ (Zitat des Grünen Sozialministers Anschöber) zu „erweitern“. Übersetzt heißt das: Pflege durch Angehörige zu Hause – meist unbezahlt, meist durch Frauen.

Dabei ist es erst einmal logisch, dass viele Menschen vor dem Hintergrund der offensichtli-

der 24-Stunden Betreuung ihre Angehörigen erst einmal selbst pflegen möchten. Passend dazu gibt es seit November 2019 im Burgenland die Möglichkeit, dass sich Angehörige bei einem Pflegebedarf von mindestens Pflegestufe 3 als Pflegekräfte anstellen lassen können. Doch diese Entwicklungen führen letztendlich nur zu einer Verdrängung von v.a. Frauen aus dem Berufsle-

Geld, Stress, Würde und Wert

Auf 6,8 Milliarden Euro belaufen sich die Kosten für die Pflege im Jahr 2018. Das klingt viel. Doch die reichsten 5% der Bevölkerung haben 139 mal mehr Geld, als die ärmere Hälfte der Menschen (durchschnittlich 2,57 Millionen). Auf deren Konten wie auch bei den Gewinnen der Unternehmen liegt die Antwort auf die Ausfinanzierung des Pflegesystems in Österreich. Wir müssen uns das Geld nur holen.

4 von 10 Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sind von Burnout bedroht, bis zu 70% arbeiten deshalb (und auf Grund zusätzlicher Betreuungspflichten) nur Teilzeit. Die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn liegt somit auf der Hand. Auch, weil man dann tatsächlich einmal (Frei-) Zeit für seine Liebsten hätte – nicht weil man muss, sondern weil man kann!

Qualität in der Pflege bedeutet nicht nur (gut bezahlte) Ausbildung, sondern auch ein Verständnis für das Selbstbestimmungsrecht pflegebedürftiger Menschen. Solange aber in der Erwachsenenvertretung (ehemalige Sachwalterschaft) oder der 24 Stunden Betreuung Geld zu holen ist, ist für all dies kein Platz. Diese Privatisierung muss durch verbesserte staatliche Angebote und Regelungen beendet werden.

Die diversen Unternehmen (von „Senecura“ über die Volkshilfe bis hin zu „Pflege mit Herz“) profitieren von der Arbeitskraft der Beschäftigten. Menschen, die später selbst einmal Pflege brauchen, erwirtschaften den Gewinn, sehen davon aber gar nichts. So lange man in der Pflege mehr als 20% unter dem österreichischen Durchschnitt verdient, kann eine Lohnerhöhung von mindestens 6% nur der erste Schritt sein.

Der rechte Rand

Am 12. Dezember verkündeten die FPÖ-Gemeinderäte Karl Baron, Dietrich Kops und Klaus Handler ihren FPÖ-Austritt und die Gründung von „Die Allianz für Österreich“ (DAÖ). Mittlerweile haben sich drei weitere FPÖ-Gemeinderät*innen angeschlossen. In Folge des „Ibiza-Videos“ und der Turbulenzen in der FPÖ wurde der Strache-nahe Baron zuvor als Präsident der Freiheitlichen Wirtschaft Wien abgewählt, um Straches Rückkehr über die Wirtschaftskammer zu verhindern. Baron ist nicht der einzige wirtschaftsnahe DAÖler, auch Handler kommt aus der „freiheitlichen Wirtschaft“.

Es handelt sich also um Teile des offen neoliberalen Flügels der FPÖ, die sich nun um Strache sammeln wollen. DAÖ versucht immer wieder, Strache gegen Vorwürfe und Enthüllungen zu verteidigen, da klar ist, dass sie ohne ihn kaum Chancen haben. Strache hatte sich für das DAÖ-Aschermittwochstreffen angekündigt und seinen Wahlantritt verkündet – DAÖ wird wohl eine Art „Liste HC“. Dabei kommt es teils zum offenen Krieg mit der alten FPÖ. Klar ist, dass sowohl FPÖ als auch Strache Dreck am Stecken haben, und in der Politik für Reiche werden sich Straches neue Liste und die FPÖ auch nicht unterscheiden. So gratulierte Baron etwa „dem Unternehmer Trump“ zu dessen „fulminantem Wahlsieg“ und forderte in einer Presseaussendung die „volle Absetzbarkeit von Geschäftsessen für Unternehmer“ – schließlich seien diese „natürlich ein unverzichtbares Instrumentarium zur Anbahnung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit“.

Moritz Bauer

Sexismus am Arbeitsplatz

Die neue Frauenministerin Susanne Raab meinte, sie habe noch nie Sexismus am Arbeitsplatz erlebt – die Realität vieler Frauen* sieht anders aus. Eine Umfrage des Forschungsinstituts Sora zeigte: jede zweite Frau* hat bereits Erfahrungen mit Belästigung im Job. Die Anzahl gemeldeter Vorfällen steigt weil sich mehr Frauen* trauen, Sexismus anzusprechen.

Bei sexistischen Kommentaren, anzüglichen Witzen etc. kann die Betroffene aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit nicht einfach den Arbeitsplatz verlassen. Wie also damit umgehen? Nicht immer hat man einen Spruch zum Kontern auf den Lippen. Allzu oft bekommt man die Rolle der „Spaßbremse“ zugeschrieben. Doch nicht die Person, die den Sexismus aufzeigt, ist das Problem – sondern das Klima, in dem er entsteht.

Es ist wichtig, die eigenen Rechte zu kennen, die Gleichbehandlungsanwaltschaft kann hier unterstützen. Doch greifen die gesetzlich möglichen Sanktionen meist erst, wenn es eigentlich zu spät ist. Und vor allem sind sie entlang der hierarchischen Strukturen in Firmen ausgerichtet: Antisexismus wird an die Unternehmensführung delegiert – und hört dann auch dort auf, wo er die Profite bzw. Interessen des Unternehmens bedrohen könnte.

Was es hingegen wirklich braucht, um gegen Sexismus im Betrieb vorzugehen ist ein Bewusstsein unter Kolleg*innen dafür und wie man damit umgehen kann. Eine Möglichkeit, dieses Bewusstsein zu schaffen, sind aktive Kampagnen im Betrieb. Hier ist vor allem die Gewerkschaft in der Pflicht. Ziel einer solchen Kampagne muss es sein, betroffenen Kolleg*innen den Rücken zu stärken und Bewusstsein für die Auswirkungen und das Ausmaß von Sexismus am Arbeitsplatz zu schaffen – und dass dieser allen schadet weil er die Belegschaft spaltet.

Die stärkste Waffe gegen Sexismus ist Solidarität. Daraus können Betriebsgruppen entstehen, in denen sich Kolleg*innen gemeinsam organisieren. So können auch Vertrauenspersonen aus dem Kreis der Kolleg*innen bestimmt werden, um sich bei konkreten Vorfällen Unterstützung zu holen und konkreten Widerstand zu organisieren: Die Mitarbeiter*innen bei Google machen es vor. 2018 streikten 4 Standorte gegen Sexismus im Betrieb und stellten sich damit gegen die Unternehmensführung und deren Umgang mit Sexismus.

Martina Gergits



Einsam streiken?

Dass es dieses Jahr bei den Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Sozialbereich (SWÖ) zu mehreren Streikrunden

werkschaftsspitze, beim Streik im Betrieb zu hocken und Schach zu spielen! Die Streiks üben eine Sogwirkung aus: zum

liegt auf der Hand: Warum streiken wir nicht alle am selben Tag?

Caritas und SWÖ streikten an verschiedenen Tagen – eine verpasste Chance.

gekommen ist, bedeutet einen großen Fortschritt. Von kämpferischen Betriebsrät*innen organisierte Streikdemos brachten insgesamt tausende Kolleg*innen auf die Straße. Das war ein wichtiges Beispiel dafür, wie aktive Streiks aussehen müssen – im Gegensatz zu den Vorschlägen in den Emails der Ge-

ersten Mal wurde auch – trotz Einschüchterungsversuchen seitens des Managements – bei der Caritas gestreikt, die einen eigenen KV hat. Doch während die zweite Runde der SWÖ-Streiks von 26.2. bis 28.2. stattfand, wurden die Caritas-Kolleg*innen dazu aufgerufen, am 24.2. zu streiken. Die Absurdität

Unsere Schlagkraft würde sich vervielfachen, ebenso wie die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für unsere gemeinsame Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Es scheint fast, als wolle die Gewerkschaftsführung aber gerade das vermeiden – aus Angst, die Kontrolle zu verlieren. Umso wichtiger ist es daher auch, sich jetzt KV-übergreifend in Basis-Initiativen wie „Sozial aber nicht blöd“ zu organisieren und so Druck für gemeinsame und koordinierte Streiks aufzubauen.

Nikita Tarasov

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ Vorbild

„So wie ihr im Sozialbereich, sind auch wir in der Industrie von stetig steigender Arbeitsverdichtung betroffen... Deshalb unterstützen wir die Kolleg*innen des Sozialbereichs im Kampf zur Verbesserung ihrer Situation und vor allem in ihrem Kampf als Pioniere für eine Arbeitszeitverkürzung. Thomas Hauer und Thomas Schmid, Arbeiterbetriebsräte bei Gebauer & Griller“. Da könnte sich die ÖGB-Führung eine Scheibe abschneiden!

– Planlos zum Streik

Auch wenn Streiks hierzulande nicht zur Routine gehören: Die Planlosigkeit von zumindest Teilen der Gewerkschaft ist katastrophal. Bei der Streikvorbereitung im Sozialbereich bieten sie weder Plan noch ordentlichen Support. Manche Kolleg*innen und Streikkomitees bekamen „Tipps“ wie während des Streiks Schachturnier, Flohmarkt, Karaoke oder den Austausch von Urlaubserinnerungen zu organisieren. Bei früheren Streiks

wurden unter den Streikenden von der Gewerkschaft Schnapskarten verteilt. Wie wäre es stattdessen mit Diskussionen über die Streikziele oder wie der Arbeitskampf verbreitert werden kann? Oder wie in anderen Kämpfen Erfolge erreicht wurden? Oder wenn die Streikenden gar den Betrieb verlassen, um in der Öffentlichkeit auf ihre Anliegen hinzuweisen und nicht Firmenleitung und Medien die oft falsche Darstellung zu überlassen?

+ Vernetzung in Deutschland

Ende Januar trafen sich 150 Gewerkschafter*innen in Frankfurt/M. zur Vernetzungskonferenz. Konkret ging es um den Aufbau einer gewerkschaftlichen Opposition. Diskutiert wurde die Lage in verschiedenen Branchen, die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich als Antwort auf die wirtschaftliche Krise, die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Klimabewegung. Betont wurde die Not-

wendigkeit der bundesweiten Vernetzung gegen die angepasste Politik der Gewerkschaftsführungen, zum Beispiel im Hinblick auf die desaströse KV-Runde in der deutschen Metall- und Elektroindustrie. Dazu wurde ein Flugblatt erstellt, dass vor Betrieben verteilt wird. Ein Koordinierungskreis wurde gewählt, dem auch zwei Mitglieder der SAV, der Schwesterorganisation der SLP, angehören.

www.vernetzung.org



Wenn aus Schuldbewusstsein Profit wird

Im Kapitalismus kann man mit allem Geld verdienen. Es gibt nichts, woraus sich kein Profit erwirtschaften lässt. Das gilt auch für politische

„Fast Fashion“ groß geworden. Der Begriff erinnert nicht zufällig an „Fast Food“ oder „Billigfluglinien“. Hier wird das Glücksversprechen

fahrt und die Schifffahrt zusammen.

Seit einigen Jahren wächst das Umweltbewusstsein, spätestens 2019 wurde es mit „Fridays for Future“ zum Massenphänomen. Junge Leute sind die Hauptzielgruppe jedes Modekonzerns, also muss auf die Stimmungswechsel dieser Menschen reagiert werden. Der H&M-Konzern tut dies zum Beispiel mit der Marke „Conscious“. Zweimal im Jahr wird unter diesem Label angeblich nachhaltige Mode präsentiert. Produziert wird mit recycelten Produkten und Bio-Baumwolle.

„Conscious“-Produkte reagieren damit auf ein wachsendes Bewusstsein. Gleichzeitig wollen sie uns jedoch

an die zentrale ideologische Lüge des Kapitalismus ketten: Wir seien nichts anderes als Konsument*innen und könnten nur durch unseren Konsum Einfluss auf den Lauf der Dinge nehmen.

Doch „Conscious“-Produkte sind für Konzerne wie H&M das, was der vegane Burger für McDonalds und Burger King ist. Es handelt sich um eine Ergänzung des Angebots, nicht um einen Ersatz. Und genau wie bei McDonalds veganem Burger durchaus umstritten ist, ob dieser tatsächlich vegan ist, gilt es auch die Produktionsbedingungen bei der „Conscious“-Reihe zu hinterfragen. So kann oder will H&M gar nicht so genau sagen unter welchen Bedingungen die Produkte hergestellt werden. Die Verant-

wortung dafür wird an vom Konzern beauftragte Sub-Unternehmer in China, Bangladesch oder Pakistan abgeschoben. Dort verliert sich die Spur.

Echte Nachhaltigkeit sah man dagegen im Jänner 2019 in Bangladesch. Dort streikten zehntausende Beschäftigte für höhere Löhne und lieferten sich erbitterte Kämpfe mit der Polizei. Man stelle sich vor, diese Arbeiter*innen wären die Eigentümer*innen ihrer Fabriken und würden über die Produktion selbst bestimmen. Sie wäre sicher um einiges umweltverträglicher als heute, mit kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen – solche Kämpfe zu unterstützen bringt mehr Nachhaltigkeit als „bewusst“ einkaufen.

Christian Bunke

Angeblich „nachhaltige Marken“: Noch mehr Geld und Umsatz.

Einstellungen, Gefühle und Emotionen. Die Fluglinie des großen Gewerkschaftsfeindes Niki Lauda schaltete vor einigen Jahren sogar Werbung mit dem Konterfei von Che Guevara. Erlaubt ist, was verkauft.

Gerade deshalb haben Großunternehmen aber auch ein feines Gespür dafür, woher der Wind weht und in welche Richtung er sich zukünftig drehen könnte. Mode-Unternehmen sind mit

der neoliberalen Ära versinnbildlicht – ich kann alles haben, so schnell wie ich will, und für nur wenig Geld. Ein Preis ist natürlich dennoch zu zahlen. Er liegt in durch Chemikalien verseuchten Flüssen, unsicheren und oft tödlichen Arbeitsbedingungen für die Arbeiter*innen in Bangladesch und Indien sowie Kinderarbeit. Nicht zu vergessen der CO₂-Ausstoß – die Modeindustrie verbraucht mehr als die Luft-

Covid 19

Nicht nur China, die ganze Welt fürchtet Covid 19, das Corona-Virus. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen und v.a. deren Ausmaß sind noch nicht absehbar. Wenn aus den Einzelfällen in Europa, dem restlichen Asien und Afrika mehr werden, dann ist eine weltweite Epidemie kaum zu verhindern. Covid 19 zeigt aber auch, wie eng alles miteinander verflochten ist und dass „alles politisch ist“.

C-Krise

Covid 19 könnte die nächste Weltwirtschaftskrise auslösen. Die Auswirkungen auf den Tourismus sind bereits spürbar. Auch die Rohstoffpreise, allem voran für Öl, sinken, wenn die Nachfrage in China sinkt. Das hat bereits negative Auswirkungen in Russland und Lateinamerika. Der ohnehin schon angeschlagenen Industrie, allem voran der Autoindustrie, fehlen nicht nur Bauteile aus China, sondern auch der riesige Absatzmarkt.

C-Armut

Millionen Arbeiter*innen in China sind in Quarantäne oder Zwangsurlaub – ohne Bezahlung. Auch wer Arzt oder Spital braucht, muss das aus eigener Tasche bezahlen – wenn überhaupt ein Termin bzw. Platz zu haben ist. Es fehlt an allem: Personal, Atemmasken, Medizin... Ja, die chinesische Regierung steckt 12 Milliarden Dollar in den Kampf gegen die Epidemie – und 174 Milliarden in die Stabilisierung des Bankensektors.

C-Rassismus

Covid 19 macht keinen Unterschied zwischen Hautfarben, Religionen und sonstigen „Merkmalen“, die Rassist*innen gerne hervorkehren. Doch wer stirbt, hängt mit der sozialen Lage zusammen. Ein schlechteres Gesundheitssystem bedeutet mehr Tote. Das hindert Nationalist*innen oder Rechte nicht daran, gegen „Chines*innen“ zu hetzen. Z.B. wird so in Hong Kong versucht, die Demokratiebewegung auszubremsen und von China zu isolieren.

C-Repression

In China zeigen sich die Konflikte zwischen der Zentral- und den Regionalregierungen. Das Regime setzt Unmengen zur Zensur des Internets ein, während es an allem mangelt. Millionen Arbeiter*innen, die ohne Lohn irgendwo gestrandet sind, sind wütend. Im Versuch, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, könnte das Regime eine zweite Epidemiewelle auslösen. Covid 19 kanalisiert sozialen und politischen Unmut und erschüttert das Regime.

BABE-KV braucht Urabstimmung!

Rund 13.000 Menschen arbeiten in der privaten Erwachsenenbildung, z.B. bei den Volkshochschulen oder dem BFI, und fallen damit in den BABE-Kollektivvertrag (KV). Viele davon arbeiten bei gewinnorientierten Unternehmen, die für das AMS Maßnahmen durchführen, etwa Qualifikation-zum-Job-Kurse oder auch Deutschkurse. Während für die Teilnehmer*innen diese Maßnahmen oft pure Schikanen sind, leiden auch die Trainer*innen unter den Arbeitsbedingungen. Von der Gewerkschaft weitgehend allein gelassen, gründete sich gegen diese Zustände der Verein „DiE- Deutschlehrende in der Erwachsenenbildung“. Hier organisieren sich kritische Kolleg*innen, die in Deutschkursen unterrichten. Auch SLP-Mitglieder, die im privaten Bildungsbereich arbeiten, kämpfen hier für bessere Bedingungen.

Für die aktuellen KV-Verhandlungen brachte DiE in der AG Deutsch der GPA kämpferische Forderungen nicht nur für Deutschtrainer*innen ein: 100 Euro Gehaltsplus, 30 Minuten bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit (VNZ) pro Kursstunde sowie eine höhere Einstufung im KV. Doch das wurde auf einer Betriebsrät*innen-konferenz undemokratisch von den führenden Verhandler*innen bei-

seite geschoben. Der Leiter des kleinen Verhandlungsteams, Nerijus Soukup, behauptete: Über VNZ könne nicht verhandelt werden, weil die Firmen dagegen einen „Generalbeschluss“ hätten. Die AG Deutsch der GPA antwortete zusammen mit DiE in einem offenen Brief: „Uns ist nicht bekannt, dass eine der beiden Verhandlungsseiten per „Generalbeschluss“ ihren Standpunkt der anderen Seite komplett aufzwingen kann – und wenn dem so ist, warum gibt es von unserer Seite aus keine ‚Generalbeschlüsse‘ über Themen, bei denen sich dann eben die Arbeitgeber*innen fügen müssen?“

Stattdessen wurde der BR-Konferenz die Forderung nach einer 9. und 10. Gehaltsstufe aufs Auge gedrückt – in einem KV, in dem aufgrund der schlechten Bedingungen und ständigem Hire-and-Fire kaum jemand auf die dafür notwendigen Dienstjahre kommt! Deswegen fordern die AG Deutsch der GPA und DiE eine Urabstimmung in allen betroffenen Betrieben über das Ergebnis der Verhandlungen. In den nächsten Wochen braucht es Aktionen, um weiter Druck aufzubauen. Denn, so der offene Brief, „ein ‚weiter so‘ können wir uns nicht mehr leisten!“

Sebastian Kugler,
Deutschtrainer in Wien



Widerstand gegen Burschis!

Es ist Jänner, es ist kalt – und trotzdem gehen Jahr für Jahr Antifaschist*innen gegen

nen beteiligt. So haben wir beispielsweise in einem lauten und kämpferischen Block in Linz

Während vor einigen Jahren noch Tausende gegen die Bälle demonstrierten, waren es dieses

Rassistisch, sexistisch, ekelhaft – das ist die deutsche Burschenschaft!

die als „Akademikerbälle“ getarnten Vernetzungstreffen der rechtsextremen Szene in ganz Österreich auf die Straße. Grußworte des FPÖ-Chefs (dieses Jahr Hofer) sind Tradition, Identitäre Teilnehmer*innen inzwischen auch, Hundertschaften der Polizei und Sperrzonen ebenso. In Linz, Graz und Wien haben Bündnisse zu Gegenprotesten aufgerufen.

Auch die SLP hat sich an den Demonstrationen

in einer Vielzahl von Reden auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch gegen Sozialkürzung zu kämpfen.

Nur so kann rassistischer Hetze das Wasser abgegraben werden. Auch in Wien und Graz haben Aktivist*innen mit Flyern und Zeitungen mit vielen Passant*innen diskutiert, denn: Rechtes Gedankengut ist – wie man z.B. an den Terroranschlägen in Deutschland sieht – lebensbedrohlich.

Jahr nur wenige Hundert. Dafür streikt der Sozialbereich, in dem auch viele Kolleg*innen mit Migrationshintergrund arbeiten. Angesichts der Vorstöße der jetzigen Regierung – Frauen als kostenlose Pflegekräfte, Migrant*innen als Sündenböcke für Kürzungen – ist das eine gute Methode, um gegen die rechten Hetzer UND gegen die Regierung Widerstand zu leisten.

Moritz Erkl

Gemeinsam Schwarz-Fahren – Eine spannende Idee!



Gratis Öffis! Das ist eine der Forderungen des „Jugendrates“, einer Initiative im Rahmen der Fridays For Future (FFF), die vor allem Schüler*innen organisiert. Während die eigentliche Struktur von FFF oft zäh und unpolitisch ist, wird hier offen über Politik diskutiert und Aktionen geplant. Dabei haben wir als SLP über gemeinsame Schwarzfahr-Aktionen in anderen Ländern berichtet. Was das sein soll? Eine Gruppe steigt in eine Bahn

oder einen Bus ein und hält dabei Schilder und Transparente mit der Forderung nach Gratis Öffis fürs Klima. Dazu erklärt jemand was wir hier machen. So eine Aktion hilft dabei, mit den anderen Fahrgästen ins Gespräch zu kommen und lässt sich super medial begleiten. Alle gemeinsam müssen wir uns auch keine großen Sorgen vor Strafen oder Ähnlichem machen, denn Öffentlichkeit schützt!

Andere über uns



An den Streiks im Sozialbereich kamen auch die großen Fernsehmedien wie ORF und Servus TV nicht vorbei. SLP-Aktivist Michael Gehmacher ist Betriebsrat im Sozialbereich und Mitorganisator der Streiks. Seine Rede auf der ersten großen Streikdemo war im Fernsehen zu sehen – Servus TV interviewte ihn auch über die Gründe für die Streiks und die Forderungen der Beschäftigten.

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Zahlreiche Länder auf allen Kontinenten werden aktuell von schweren Protesten und Aufständen erfasst. In Chile, Ecuador, Sudan, Algerien, Katalonien, Libanon, Irak, Frankreich, Iran sowie in Hongkong erheben sich in einer neuen Welle seit letztem Jahr große Teile der Bevölkerung mit Streiks und Protesten gegen „ihre“ Regierungen. Zwischen den Bewegungen in diesen so unterschiedlichen Staaten gibt es zwar Unterschiede, doch die Gemeinsamkeiten überwiegen: Die Bevölkerung geht auf die Straße gegen himelsschreiende soziale Ungerechtigkeit, gegen Preiserhöhungen, durch die das Leben nahezu unleistbar wird, gegen die

lassen, die Proteste gehen in allen Ländern weiter.

Zur selben Zeit demonstrieren Millionen junger Menschen weltweit, um konsequente Schritte gegen die Klimakatastrophe zu fordern. Immer mehr von ihnen wird bewusst, dass der Klimawandel mit dem kapitalistischen System verbunden ist.

Der Kapitalismus hat in den letzten 300 Jahren eine der tiefgreifendsten Veränderungen der Menschheitsgeschichte angestoßen. Das auf Konkurrenz und Profitmaximierung basierende System überspringt alle Grenzen auf der Suche nach neuen verwertbaren Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften. So explodierten

wird. Es ist dieses globale System, das für die großen Ähnlichkeiten zwischen den Protestbewegungen an den verschiedensten Ecken und Enden unseres Planeten sorgt. Mehr und mehr zerfällt die ganze Weltbevölkerung in zwei Klassen mit völlig entgegengesetzten Interessen: Die alles Besitzenden und rücksichtslos nach Profit strebenden Kapitalist*innen gegen jene, die arbeiten müssen, um überleben können – jene, die von Umweltzerstörung und sozialer Ungleichheit am meisten betroffen sind – der Arbeiter*innenklasse. Dieser immer prägende Konflikt, der Klassenkampf, zieht sich durch praktisch alle großen gesellschaftlichen Heraus-

lisieren, immer mehr eine globale Arbeitsteilung umsetzen, sind sie gleichsam angewiesen auf den Nationalstaat und propagieren Nationalismus. Die Regierungen der Welt bestehen nicht selten selbst aus Kapitalist*innen und/oder sind von ihnen wirtschaftlich abhängig. Die Nationalstaaten vertreten die wirtschaftlichen Interessen ihrer Eliten gegen das Kapital anderer Länder, so wie beim aktuellen Handelskrieg zwischen China und den USA. Die Zeche zahlen dürfen dabei immer die Arbeiter*innen beider Länder. Sie tragen die Kosten für Handelskonflikte. Sie stellen die Soldat*innen, die in den sinnlosen Kriegen der Reichen verheizt werden. Immer wieder predigen die politischen Handlanger des Kapitals – von Trump über Bolsonaro bis zu Modi und Kurz – die Überlegenheit ihrer Nation. Sie verarschen uns! Während sie uns gegen die Arbeiter*innen anderer Herkunft aufhetzen wollen, drücken sie uns 12-Stunden-Tage und Sozialkürzungen auf. Die Zehntausende, die sich in Österreich an der Klimabewegung beteiligen, haben viel mehr gemeinsam mit den tunesischen Gewerkschafter*innen, die vor 2 Jahren OMV-Ölanlagen besetzten, als mit den österreichischen OMV-Großaktionär*innen.

Die großen Probleme unserer Zeit, Klimawandel, soziale Ungleichheit, Krieg, Flucht, usw. können in diesem globalen System des Kapitalismus nur international gestoppt werden. Es braucht nicht weniger als eine Revolution. Die Kapitalist*innen haben das Geld und die Politiker*innen, sie sind international bestens vernetzt durch multinationale Konzernstrukturen und Organisationen. Ihre Konzerne sind weltweit aktiv, fast jede Region der Erde wird zwischen von den wirtschaftlichen Spielregeln der Superreichen beherrscht.

Auch wir werden uns international organisieren müssen, um die von ihrer Profitgier verursachte soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung und die Ausbeutung, gerade der ärmsten Länder, zu bekämpfen. Das Ziel der Internationalen Sozialistischen Alternative ISA ist der Aufbau einer weltweiten Partei der Arbeiter*innenklasse, die alle Formen des Widerstands gegen den Kapitalismus weltweit zusammenführt.

Damit stehen wir in der Tradition früherer weltweiter Arbeiter*innenorganisationen. Je internationaler wir vorgehen, desto mehr werden wir erreichen.

Manuel Schwaiger

Die Internationale Sozialistische Alternative ist in über 30 Ländern, in Österreich als SLP, aktiv.

Unterdrückung von Minderheiten und Frauen, gegen religiöse oder rassistische Spaltung, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Kriege, die nur den Reichen und Mächtigen nützen. Allen Bewegungen ist gleich, dass die Herrschenden sie mit aller Härte, mit der Polizei und sogar mit dem Militär, bekämpfen. Doch egal wie viele Menschen die Herrschenden ermorden

Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt und Bevölkerungszahlen. Doch die Früchte des Fortschritts fallen im Kapitalismus zum absolut überwiegenden Teil nur den Besitzer*innen des Kapitals zu, während die überwältigende arbeitende Mehrheit der Menschheit ebenso durch die Finger schaut, wie die Umwelt für diesen Wachstumswahn vergiftet und zerschlagen

forderungen, denen wir auf der Welt begegnen. Egal ob es nun um den Kampf zwischen Klimabewegung und der geldgeilen fossilen Industrie, um die Kriegstreiberei im Nahen Osten oder die Erhöhung der Ölfpreise in Chile geht.

Diese Zusammenhänge wollen die kapitalistischen Eliten verschleiern. Während sie selbst die Welt immer weiter globa-

Weltweit aktiv



International Socialist Alternative und sympathisierende sozialistische Gruppen sind in über 30 Ländern weltweit aktiv.

Blitzlichter unserer Arbeit

- **ISA Brasilien** kämpft in allen Teilen des Landes für eine sozialistische Alternative zu Bolsonaro, ist Teil der linken Partei PSOL (die ihre Parlamentssitze 2018 auf 10 verdoppeln konnte) und ist aktiv gegen Gewalt an Frauen* & LGBTQI+-Personen.
- **ISA USA** kämpft erfolgreich für einen Mindestlohn von \$15, für leistbares Wohnen und für eine Alternative zu den zwei Wall Street Parteien. Das sind Schwerpunkte bei der Kampagne zur Wahl von Kshama Sawant in Seattle gegen Amazonboss Bezos wie auch bei der Wahlkampagne von Sanders.
- **ISA Russland** organisierte im Herbst in Moskau nicht nur eine Konferenz zu Sozialismus & Feminismus mit Ruth Copping von ISA Irland, sondern auch eine Demo zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen* mit 1.200 Teilnehmer*innen.
- **ISA Südafrika** spielte eine führende Rolle bei Streiks in Minen und kämpft gegen die Spaltung der Arbeiter*innenschaft & wachsenden Fremdenhass, zuletzt als Teil von #EnoughIsEnough – sowie gegen Gewalt aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder Religion
- **ISA Israel/Palästina** führt einen konsequenten Kampf gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete & die Militarisierung der Region sowie gegen die Spaltung der Arbeiter*innenschaft durch die rassistische & autoritäre Regierung und religiösen Fundamentalismus.
- **ISA Australien** wittert ein Ende des Wirtschaftswachstums und verbindet den Kampf gegen die Waldbrände mit Mobilisierungen gegen den Klimawandel und die Kohlenlobby-Regierung.
- **ISA Hongkong, Taiwan, China** kämpft in der gesamten Region für Demokratie & Sozialismus. Die Widerstandsbewegung in Hong Kong verbindet sie mit Mobilisierungen gegen Nationalismus sowie chinesischen & westlichen Imperialismus.
- **ISA Belgien** versammelt zahlreiche kämpferische Gewerkschafter*innen in den eigenen Reihen und war im Herbst mit der feministischen Initiative ROSA aktiver Teil der Brüsseler Demo gegen Gewalt an Frauen* mit 15.000 Teilnehmer*innen.
- **ISA Polen** ist aktiv gegen die reaktionäre und autoritäre Regierung und Teil von antifaschistischen und feministischen Protesten ebenso wie von Streiks für bessere Arbeitsbedingungen.

Tradition & Moderne

Europa in den 1860ern: Der Einfluss jener politisch Aktiven, die gezielte Attentate auf Adelige und Monarch*innen zum zentralen Mittel sozialer Umwälzung erklärten, war groß und reichte bis in die 1. Internationale von Marx und Engels. Trotz ihrer

nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“

Legte die 1. Internationale das Fundament, baute die 2. an einem großen Haus. Der Anstieg der Mitgliedszahlen um und nach der Jahrhundertwende war beeindruckend.

Das Programm der ISA baut auf den Erfahrungen aller vorherigen Internationalen auf.

bürgerlichen sozialen Herkunft hielten sie den Standpunkt hoch, im Kampf um soziale Befreiung die Arbeiter*innen selbst und als eigenständige Klasse zu organisieren. Wohl gemerkt Menschen, die (noch) kaum lesen konnten, während sich Studierende und liberale Bürger als neue Elite sehen und präsentieren konnten. In diese Phase platzte eine revolutionäre Erhebung in Paris während des deutsch-französischen Krieges. Die Ausrufung der „Pariser Kommune“ als ersten (kurzzeitigen und unvollkommenen) Arbeiter*innenstaat bestätigte die Position von Marx und Engels. Es liegt an der sich entwickelnden Arbeiter*innenschaft, die Gesellschaft von Grund auf neu zu gestalten. Daran änderten auch die Niederschlagung der Kommune und ihre eigenen vorangegangenen Fehler nichts. Marx schrieb 1871 in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“: „Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz

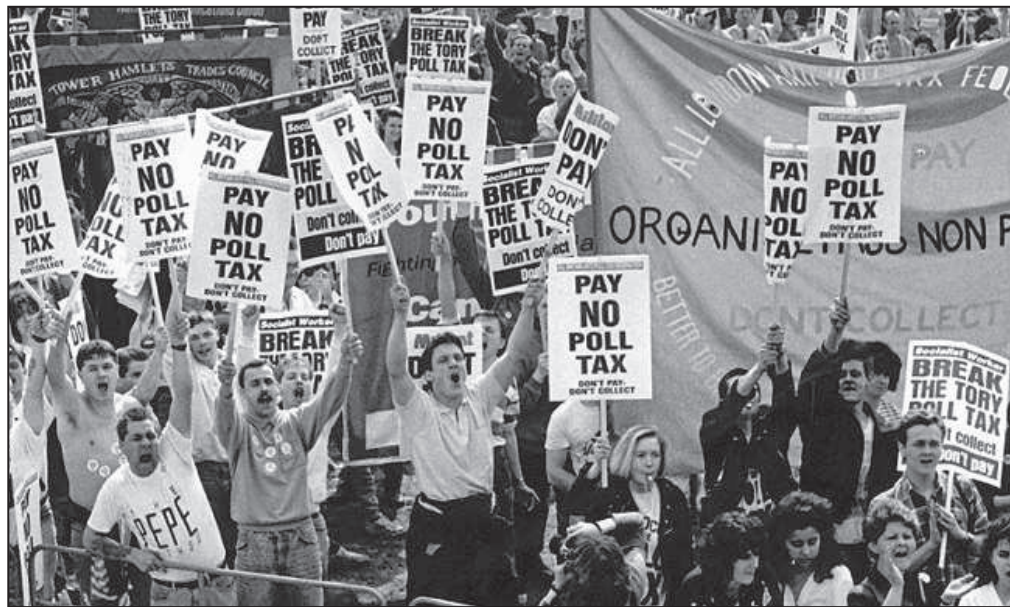
nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“

le stürzte ein. Es folgte das gegenseitige Abschlagen von Arbeiter*innen verschiedener Länder zugunsten imperialistischer Interessen. Im September 1915 trafen sich 38 Delegierte in einem Schweizer Dorf. Sie beschlossen das internationalistische „Zimmerwalder Manifest“.

Dies war der Ausgangspunkt für die Bildung der 3. Internationale. Ihre Gründung erfolgte erst 1919, nachdem der 1. Weltkrieg zu revolutionären Aufständen und im Falle Russlands zur Überwindung des Kapitalismus geführt hatte. Es entstand ein Arbeiter*innenstaat, der bewusst als erstes Glied einer internationalen revolutionären Kette gesehen wurde. Die 3. Internationale verstand sich nicht als unverbindliches Beiwerk der „nationalen“ Sektionen. Das Vorhandensein einer unter Arbeiter*innen verankerten und global agierenden revolutionären Partei würde über Sieg oder Niederlage entscheiden. Man war sich im Klaren, dass die fortgesetzte Isolation des jungen Sowjetrusslands zum Zusammenbruch und dem Erfolg der Gegenrevolution führen würde. Dies geschah leider auch, allerdings in einer Art geschichtlicher Zeitlupe. Das Phänomen wurde unter dem Begriff „Stalinismus“ bekannt. Dieser war und ist keine Spielart des Sozialismus. Die Konterrevolution festigte sich in West und Ost, wobei die ursprüngliche Wirkung der sozialen Revolution in Russland so stark war, dass die vollständige Rücknahme dieser

Die Angst vor den Massen zwang viele Regimes, Parteien und Gewerkschaften zuzulassen. Unter vielen Sozialdemokrat*innen wuchs die Vorstellung, man könne durch bloßes Wachstum Gesellschaft und Staat stückweise übernehmen oder gar den bestehenden Staat besser verwalten als die alten Eliten. Es entwickelte

sich eine breite Auffächerung jener politischen Ideologien, die von „Reformismus“ (Revolution läuft über Reformen ab) bis „Revisionismus“ (Revolution ist überhaupt nicht nötig) reichten. Doch selbst jene „linken Reformist*innen“, die in vielen Debatten mit Revolutionär*innen wie Rosa Luxemburg und Lenin übereinstimmten, legten im Sommer 1914 ihren Offenbarungseid ab: Als alle Zeichen auf Weltkrieg standen, fielen sie zurück in die Unterstützung des Nationalismus. Im besten Fall tat man nichts gegen die Ausrufung des „Burgfriedens“ mit Kaiser und Kapital. Die 2. Internationa-



nicht ohne weiteres möglich war. Auch die 3. Internationale wurde vom Stalinismus immer mehr zerfressen.

Die Linksopposition um Trotzki, aus der 1938 die 4. Internationale werden sollte, verkörperte das Konzept der Arbeiter*innen-Demokratie als unbedingte Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft. Gleichzeitig trug die 4. Interna-

tionale Organisationen. Die Frage der Arbeit in den Arbeiter*innen-Massenorganisationen war ein Prüfstein für das langfristige Überleben. Trotz der bürgerlichen Führungen dieser Parteien und all ihrer Schikanen war es die beste Möglichkeit, nicht sektenartig zu verkommen oder die Verbindung zur Arbeiter*innenklasse und v.a. ihrer Jugend gänzlich

rige aktive Kampagnen und soziale Kämpfe wie jenem für einen \$15-Mindestlohn. Diese Bewegung brachte viele prekär beschäftigte Menschen zusammen und bewies, dass echter Fortschritt nicht durch das Zwei-Parteien-System, sondern nur durch den Aufbau einer eigenständigen und unabhängigen Arbeiter*innen-Bewegung mit sozialistischem Programm und Methoden eine Chance hat. So gehen wir an die Frage von Mandaten in Gemeinderäten oder Parlamenten um. Sie sind kein Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck.

Während einer scharfen Auseinandersetzung 2019 spaltete sich eine Minderheit des CWI rund um das einstige Führungsgremium ab. Sie repräsentierte eine konservative Tendenz, die schon über längere Zeit die „neuen“ Massenkämpfe und die Bedeutung von Themen wie Klimawandel, Frauenrechte, Antirassismus und LGBTQI+ zu wenig beachtet hatte. Doch all die vielfältigen theoretischen und praktischen Beiträge des CWI der letzten 45 Jahre sind zentrale Pfeiler des CWI, dass sich nun in ISA umbenannt hat. Auf unsere Internationale wartet nun die Herausforderung des Aufbaus einer Massen-Arbeiter*innen-Internationale: Das marxistische Programm und seine Methoden in die gegenwärtigen und kommenden Kämpfe einzubringen, um mit den und durch die Massen den Gang der Geschichte entscheidend beeinflussen zu können.

Franz Neuhold

Festigkeit der politischen Prinzipien und taktische Flexibilität: Nötig bei sich ändernden Bedingungen.

tionale entscheidend zum Kampf gegen den Faschismus bei. Das Verständnis der Ursachen und Strukturen des Faschismus in all seinen Spielarten gehört heute zum theoretischen Schatz des Marxismus. Die 4. Internationale ermöglichte trotz unzählbarer Verluste das Hinüberretten dieses Erbes in die Nachkriegszeit.

Aus den Sektionen der einstigen 4. Internationale, die in den Kriegsjahren oftmals nur in der Illegalität arbeiten konnten, entstanden nach dem 2. Weltkrieg jene Strukturen, in denen die Ansätze für die Gründung des CWI im Jahre 1974 zu finden waren. Die Abspaltung einer Gruppe in England aus dem sich formal noch „Vierte Internationale“ nennenden Chaos hatte schwerwiegende ideologische Gründe. Die Aufschwungphase ab den 1950er-Jahren brachte die Gefahr gesellschaftlicher Isolation für revo-

zu verlieren. In den 80er Jahren gelang der englischen Sektion („Militant“-Strömung) in der sozialdemokratischen Labour-Partei der Aufbau einer Basis-Bewegung gegen die extrem unsoziale „Kopf-Steuer“ der neoliberalen Premierministerin Margaret Thatcher. Letztlich beteiligten sich 18 Mio. Menschen an der Nichtzahlungs-Kampagne. Tausende davon wurden aktiv und riskierten Gefängnisstrafen.

Unsere Internationale hat nicht nur eine Geschichte in Massen-Bewegungen und Wahlkämpfen, sondern auch eine Gegenwart. In den USA, dem noch immer mächtigsten imperialistischen Staat, gelang es unserer Organisation in Seattle, den Stadtrats-Sitz von Kshama Sawant gegen den Kandidaten der Demokraten zu verteidigen. Er hatte Millionen-Spenden, unter anderem vom Amazon-Boss, hinter sich. Kshama hingegen baut auf langjäh-



Marx aktuell

Immer wieder gibt es Debatten darüber, ob es die Arbeiter*innenklasse überhaupt noch gibt und ob die Idee von ihr als „revolutionäres Subjekt“ nicht veraltet sei. Was meinen Marxist*innen also damit, dass auch heute die Arbeiter*innenklasse die entscheidende Kraft ist, die den Kapitalismus überwinden kann?

Im marxistischen Sinne definiert sich die Arbeiter*innenklasse darüber, dass sie „ihre Arbeitskraft verkaufen muss, um leben zu können, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzt“. Die Unternehmen, Maschinen und andere Produktionsmittel gehören den Kapitalist*innen, die durch diesen Besitz andere für sich arbeiten lassen – ausbeuten – können und Profite erwirtschaften. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die Arbeiter*innenklasse, die große Mehrheit der Weltbevölkerung, produziert den gesellschaftlichen

Nur die Arbeiter*innenklasse kann die Welt verändern

Reichtum und ist damit die zentrale Quelle des Profits der Kapitalist*innen. Allein diese Stellung im Produktionsprozess befähigt sie dazu, z.B. durch Streiks den höchsten wirtschaftlichen und politischen Druck erzeugen zu können: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“.

Diese Definition sagt weder etwas über die Form der Arbeit aus (nicht nur „klassische“ Fabrikarbeiter*innen zählen zum Proletariat) noch über ein allgemeines, aktuelles politisches Bewusstsein. Karl Marx formuliert das so: „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst.“

Die Arbeiter*innenklasse denkt also nicht immer und automatisch revolutionär, sondern ist aufgrund ihrer Stellung im wirtschaftlichen System potentiell in der Lage, den Kapitalist*innen die Produktionsmittel zu entziehen, den Kapitalismus zu überwinden, Wirtschaft und Gesellschaft selbst zu verwalten und damit eine Revolution durchzuführen. Das Bewusstsein darüber, dass wir eine Klasse bilden und gemeinsame Interessen gegen den Kapitalismus haben, entwickelt sich vor allem in gemeinsamen Kämpfen.

Heißt das, dass wir uns darauf konzentrieren müssen, Arbeitskämpfe zu organisieren und dass politische Kämpfe, z.B. gegen Sexismus oder Rassismus weniger relevant sind? Auf keinen Fall, im Gegenteil: Die Arbeiter*innenklasse kann diese revolutionäre Kraft nur dann ausschöpfen, wenn sie geeint und nicht gespalten ist. Es ist gerade im Interesse der Kapitalist*innen, dass wir gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen ist es notwendig, gemeinsam als Klasse gegen Spaltungen aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, Religion etc. aktiv zu kämpfen.

Sarah Moayeri

Zum Weiterlesen

Broschüre der SLP: „Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? 10 Fragen – 10 Antworten“

Marx/Engels: „Das Manifest der Kommunistischen Partei“

Werner Seppmann: „Die verleugnete Klasse – Zur Arbeiterklasse heute“



So radikal wie die Wirklichkeit

Als Sozialist*innen wollen wir die Welt nicht nur interpretieren, sondern verändern. Dafür braucht es einerseits ein klares programmatisches Ziel – und das ist nichts weniger als der Sturz des Kapitalismus. Es ist notwendig, dieses Programm nicht zu verwässern oder vermeintliche Abkürzungen zu gehen. Gleichzeitig müssen wir flexibel genug sein, um unsere Forderungen auf die konkrete Lebensrealität auszurichten, um nicht als bloße Kommentator*innen, son-

gnen 2016 und 2020 Millionen von Menschen direkt angesprochen und auf die Straßen mobilisiert. Die Forderungen von Sanders gehen in die richtige Richtung, die Notwendigkeit zum Umsturz der Produktionsverhältnisse wird aber nicht ausreichend klar angesprochen. Sanders kandidiert auch nicht auf einer unabhängigen Liste, was es der Demokratischen Partei ermöglicht, ihn und sein Programm zu bremsen. Manche Linke kommentieren die Sanders-Kampagne deshalb

Besonders in neokolonialen Ländern entstehen viele Bewegungen als Kämpfe gegen nationale Unterdrückung. Wie wichtig hier die Kombination aus festem Programm und flexibler Taktik ist, zeigt sich besonders im Nahost-Konflikt: Teile der Linken lehnen den Staat Israel ab – andere sprechen ihm bedingungslose Solidarität aus. Beide machen denselben Fehler, vom "Staat" als homogenem Block auszugehen und das auch auf die Bevölkerung in Israel und Palästina zu

nensischen Arbeiter*innen und Armen gegen ihre Eliten und die Unterdrückung kann dem Krieg, der Ausbeutung und der Besatzung ein Ende bereiten. Unsere Schwesterorganisation in Israel/Palästina kämpft deswegen vor Ort für die Einheit der Arbeiter*innenklasse.

Die herrschende Klasse nutzt Rassismus, Homophobie und Sexismus zur Spaltung von Arbeiter*innen. Der Kampf dagegen ist darum eine Priorität für Sozialist*innen. 2017 drohte in Südafrika eine gewalttätige, rassistische Welle auszubrechen, als "besorgte Bürger" zum Marsch gegen illegale Migration aufriefen. Sie nutzten den Frust über Armut und Perspektivlosigkeit, um auf jene einzuschlagen, die am wenigsten dafür konnten. Bürgerlich-liberale Kräfte konnten keinen Widerstand mobilisieren, weil sie den zu Grunde liegenden sozialen Problemen nichts entgegenzusetzen hatten. Die Workers and Socialist Party (ISA Südafrika) organisierte daraufhin Kundgebungen gegen die echten Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit. In den kritischen Tagen vor dem angekündigten Marsch konnte sie so die mediale Berichterstattung komplett dominieren. Sie rief zur Gründung von Selbstverteidigungsein-

heiten gegen rassistische Übergriffe auf. Der Marsch gegen Migrant*innen schrämpfte auf wenige Hundert und wurde zur klaren Niederlage.

Nicht nur Rassismus, sondern auch Sexismus gehört fest zum Kapitalismus: In der kapitalistischen Produktionsweise ist die Auslagerung von unbezahlter Arbeit auf Frauen und weitere Frauenunterdrückung eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Gegen die brutalen Auswüchse bieten etablierten Politiker*innen oft nur individuelle Lösungen an, die bestenfalls zur Symptombekämpfung reichen, oder inszenieren sich selbst als Anti-Sexist*innen, obwohl ihr Sozialabbauprogramm Sexismus aktiv unterstützt. In Irland nutzt(e) die ISA-Sektion Socialist Party (SP) ihre Parlamentssitze nicht für Symbolpolitik, sondern als Bühne für soziale Bewegungen der arbeitenden Bevölkerung, um so Druck auf die herrschende Elite ausüben zu können. Mit ROSA, einer von der SP initiierten sozialistisch-feministischen Plattform, führte ISA den erfolgreichen Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch an.

Dies sind nur einige Beispiele für die tagtägliche Aktivität von ISA rund um den Globus. Werde auch du Teil davon!

Stefan Brandl

Überall verbinden ISA-Aktivist*innen Bewegungen für konkrete Verbesserungen mit dem Kampf gegen den Kapitalismus.

dern als mutige und fähige Revolutionär*innen in die Massenbewegungen eingreifen zu können. Unter dem Motto "fest im Programm, aber flexibel in der Taktik" zeigen die folgenden Beispiele, wie die ISA in verschiedensten Situationen agiert.

Vielerorts entstehen breite Massenbewegungen, wo Menschen für Verbesserungen auf die Straße gehen. Das Bewusstsein in diesen Bewegungen ist oft stark verwirrt – häufig gibt es Illusionen in den Kapitalismus und seine Institutionen. So hat in den USA Sanders mit seinen Wahlkampa-

nur von außerhalb, oder spielen ihre Bedeutung herunter, weil sie ihnen nicht "revolutionär genug" ist. ISA hingegen kämpft auch innerhalb der Bewegung für sozialistische Forderungen. So konnte die sozialistische Stadträtin und ISA-Aktivistin Kshama Sawant auf einem Sanders-Event vor 15.000 Menschen sprechen. Sie nutzte die Gelegenheit, um für eine neue Partei von und für Arbeiter*innen zu argumentieren – und die Notwendigkeit einer starken sozialistischen Bewegung für die Abschaffung aller kapitalistischen Ausbeutung zu unterstreichen.

übertragen. So werden die Klassengrenzen, die durch beide Gruppen gehen, kaschiert. Der rechten israelischen Regierung und ihrer Agenda der brutalen nationalen Unterdrückung der Palästinenser*innen kommt das nur gelegen – ebenso wie der palästinensischen kapitalistischen bzw. islamistischen Elite. Aufgrund der schmerzvollen Geschichte müssen Israelis und Palästinenser*innen beide das Recht auf einen eigenen Staat ohne Unterdrückung der anderen haben. Doch nur der gemeinsame Kampf von israelischen und palästi-

Sookee: (K)ein Abschied

Als **politischer** Mensch ist mensch immer Kritik ausgesetzt und auf Dauer kann das auslaugen. Härter ist es für Künstler*innen, weil diese dem öffentlichen Druck mit einem persönlichen Werk gegenüberstehen. Frauen* sind besonders unter Beschuss. Die queerfeministische MC Sookee nimmt Abschied: Wegen des Drucks, aber v.a. weil sie nicht bei der Kommerzialisierung von Feminismus mithelfen will. Ihr Weg, um sich dagegen zu wehren: Sie zieht sich aus Rap zurück und macht als Sukini Kindermusik.

Sookee hatte einen konsequenten Fokus auf Politik und sich nicht verbogen unter dem Druck der Musikindustrie. In ihren Tracks greift sie viele Themen auf und zeigt das System auf, das hinter Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie steht. In „Bilderbücher Konferenz“ zeigt sie die Irrationalität von Verschwörungstheorien und die Verkettung mit dem Kapital auf; in „Zusammenhänge“ wie Staat und Kapital die Rechten schützen; und in „Hüpfburg“ wie sich Rechtsextremismus und traditionelle Familienbilder gegenseitig beeinflussen.

Sookee hat in den letzten Jahren viel politische Arbeit geleistet und hat einiges erreicht, gerade wenn

es darum geht, junge Menschen mit ihrer Musik zu politisieren. Dafür ein Danke an Sookee, für ihre Musik und ihre Arbeit. Auch in Zukunft brauchen wir Protestlieder.

Ein Rückzug aus dem Rampenlicht wegen Drucks und Kommerzialisierung ist nachvollziehbar. Der Wunsch, über kritische Kindermusik Kinder zu stärken gegen den Druck der Gesellschaft ist es auch. Aber es ist eine individuelle Lösung auf ein gesellschaftliches Problem. Die Musikindustrie wird nicht weniger kommerziell, wenn sich Sookee ausklinkt. Und der Druck auf unkonventionelle Künstler*innen auch nicht. Was in ihren Liedern fehlt, ist mehr dazu, wie man die Probleme bekämpfen kann. Über die Notwendigkeit, sich zu organisieren und gemeinsam gegen die Missstände vorzugehen – damit Musiker*innen ihre Kunst jenseits des Kommerzes schaffen können und Kinder ohne starre Rollenbilder aufwachsen. All das geht nicht durch individuelles Aussteigen und auch nicht durch individuelles Besser-machen. Wie wär's mit einem Abschluss-Track, der dazu aufruft, sich zusammenzuschließen und das System hinter dem täglichen Wahnsinn gemeinsam zu stürzen?

Peter Hauer

Ich bin Mitglied in einer internationalen Organisation

Bevor ich nach Wien gezogen bin, war ich bei der Sozialistischen Alternative (Schwesterorganisation der SLP in Deutschland) aktiv. Für mich ist es wichtig, Teil einer internationalen Organisation zu sein, weil der Kapitalismus ein System ist, das nur weltweit abgeschafft werden kann. Wir sehen überall das Versagen dieses Systems, das nur einige Wenige reich macht. Die Konzerne und Superreichen agieren über

Ländergrenzen hinweg, um ihre Macht zu verteidigen, während sich zunehmend auf der ganzen Welt Massenbewegungen regen. Deshalb muss auch die Arbeiter*innenklasse sich international zusammenschließen und Gegenwehr aufbauen. Die ISA ist in über 30 Ländern vertreten und organisiert Widerstand gegen Krieg, Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus und Kapitalismus. So können wir Leh-

ren aus Kämpfen und Bewegungen in unterschiedlichen Ländern ziehen, Erfahrungen austauschen und praktische Solidarität für eine sozialistische Zukunft organisieren. Internationalismus bedeutet auch, immer und überall auf der Seite der Unterdrückten zu stehen und zu wissen: Veränderung können wir nur selbst erkämpfen.

Sarah Moayeri, 23, Jugendarbeiterin



Bleiberecht statt Profit!

Zuletzt kam es zu Wellen der Solidarität, um Abschiebungen von Lehrlingen zu verhindern, wie bei Hos-

Schellhorn (Neos) wies darauf hin, dass es wirtschaftlich gesehen unklug wäre, Personen abzuschieben, die

Asylwerber*innen. Werden ihnen Rechte verwehrt, sind wir alle schwächer. Wir sind gegen jede Abschiebung, jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Es gibt genug Reichtum, um allen Ankommenden finanzielle Sicherheit zu bieten, ohne von Österreicher*innen zu nehmen – Reichtum, der von Arbeiter*innen geschaffen wird. Höchste Zeit, dass die Gewerkschaft aufhört, der Standortlogik zu folgen, die nur den Bossen nützt und uns spaltet. Höchste Zeit auch, dass sie Geflüchtete im Kampf um ihre Rechte organisiert und aktiv gegen Abschiebungen kämpft!

Christine Franz

Nein zu allen Abschiebungen, nicht nur ein Ende der Abschiebung von Lehrlingen!

sein K., der eine Lehre zum Betriebselektriker in Schladingmühle machte. Es protestierten 600 Menschen, eine Petition wurde gestartet und ein Video seiner Pateneltern verbreitet.

Abschiebungen während der Lehre wurden dank der Proteste zwar erschwert – doch finden diese dann nach der Lehre statt.

den „Fachkräftemangel“ ausgleichen können. Auch die ÖVP folgt dieser Logik: Asylwerber*innen dürfen bleiben, wenn sie für das Kapital profitabel und somit verwertbar sind. Wir stellen uns klar gegen diese Profitlogik! Lehrlinge gehören zur österreichischen Arbeiter*innenklasse, wie wohl die meisten

Kopf des Monats



Vor 5 Jahren starb unser Genosse Harry Mahrer. Er verkörperte sehr gut, was die SLP ausmacht. Er war ein entschlossener Antifaschist, ein kämpferischer Betriebsrat, ein kritischer Genosse, setzte sich für Frauenrechte ein und gestaltete das Bild der SLP nach außen als Layouter entscheidend mit. Presente!



In ganz Belgien startete die sozialdemokratische Gewerkschaft FGTB mit ihren rund 1,3 Millionen Mitgliedern eine Kampagne für einen flächendeckenden Mindestlohn von 14 Euro pro Stunde. Dabei wurde sie von der Kampagne „15 Now!“ für einen Mindestlohn von 15 Dollar in den USA beeinflusst. So nannten sie die Kampagne "Fight for 14" (FF14 – Kampf für

ber in der Provinz Ostflandern, hatten wir die beste Gelegenheit, eine solche Kampagne zu starten. Der Betriebsrat an der Uni unter dem Vorsitz eines LSP-Aktivisten konnte die Kolleg*innen für ein kämpferisches Vorgehen gewinnen. Seit Mai 2019 gab es Gespräche mit dem Personal, es wurde eine Unterschriftenkampagne begonnen, die am 9. März zu ei-

personal drängt ebenfalls auf Aktionen. Eine starke Mobilisierung wird ein harter Schlag für die Universitätsleitung sein.

Im Dezember kam es zu einem Aufschrei in ganz Belgien. Ein Video zeigte die Frauenfeindlichkeit, den Rassismus und die Leugnung des menschengemachten Klimawandels durch den belgischen

Hassreden und Sexismus aus. Wir organisierten einen Protest während einer Sitzung der Unileitung und forderten den Ausschluss der rechtsextremen KVHV von der Universität. Während dieser Aktion protestierten Hunderte von Studierenden zusammen mit Gewerkschafter*innen und zwangen den Rektor, Stellung zu beziehen. Anstatt jedoch auf unsere Forderungen zu hören und sich gegen die Rechtsextremen auszusprechen, verkündete er lediglich, dass die Studierenden tatsächlich Grund haben, die sexistische Versammlung anzuprangern, und lief eilig in die Sitzung zurück. Später verkündete der selbsternannte "fortschrittliche" Rektor die Entscheidung des Vorstands, der KVHV lediglich die Nutzung der Räumlichkeiten der Universität für einen Zeitraum von 2 Monaten zu untersagen – und zwar gerade in der Prüfungszeit, in der alle Hochschulgruppen ohnehin kaum aktiv sind.

Diese Haltung hat die Mehrheit der Studierenden und des Personals verärgert. Mit dieser Kampagne haben wir 30 neue Aktivist*innen

für Rosa gewonnen, darunter die Betriebsrätin des Reinigungspersonals der Universität. Dies hat uns in die einzigartige und bedeutende Lage versetzt, einen gemeinsamen Streik der Studierenden und des Personals für einen Mindestlohn von 14 Euro und gegen Sexismus an der Universität zu organisieren. Durch diese Kampagne wird die Betriebsratsarbeit an der Universität gestärkt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die sich aktiv engagieren, hat bereits zugenommen und damit eine Grundlage für den zukünftigen Kampf gegen die Sparmaßnahmen im Bildungswesen und die Sparpolitik im Allgemeinen geschaffen. Ein erfolgreicher Streik wird der Schlüssel zur Konsolidierung dieser Beschäftigten in einer kämpferischen Betriebsrats- und Betriebsgruppe sein. Und für die ALS bietet diese Kampagne die Möglichkeit, mehr Studierende zu organisieren, die sich in einer Bewegung gegen Sexismus und Unterdrückung und für hochwertige und kostenlose Bildung engagieren!

Kenzo Watjou,

LSP/PSL,

www.socialisme.be

Sozialist*innen organisieren Proteste für einen Mindestlohn und gegen Sexismus.

14). Jeden 14. Tag des Monats organisierte die FGTB Aktionen in den verschiedenen Provinzen Belgiens. Zwar waren diese meist eher symbolisch, aber in einigen Fällen wurden auch Großkundgebungen organisiert. Die meisten Beschäftigten in Belgien sehen diese Forderung als Notwendigkeit für einen stabilen Lebensunterhalt. Wir, die Internationale Sozialistische Alternative (ISA) in Belgien, LSP/PSL, griffen diese Initiative auf und begannen, uns aktiv dort zu beteiligen, wo wir die Möglichkeit hatten, FF14 aufzubauen und schlugen konkret ein kämpferisches Vorgehen der Gewerkschaft vor.

An der Universität Gent, dem größten Arbeitge-

nem Streik führt. Während die Gehälter des Lehrpersonals einen ganz guten Lebensunterhalt garantieren, sind die Einkommen der Beschäftigten in der Uni-Gastronomie oder bei den Reinigungskräften zu wenig. Mit unserer Jugendorganisation Actief Linkse Studenten (ALS) haben wir FF14 zu den Studierenden gebracht. Die Forderung nach einem Mindestlohn löst bei den meisten Studierenden durchaus einen Funken Begeisterung aus, auch wenn nicht alle die volle Bedeutung verstehen.

Der Streik am 9. März wird an der Universität von historischer Bedeutung sein, da er der erste seiner Art seit zwanzig Jahren ist. Alle Mensen werden geschlossen, das Reinigungs-

Schönheitschirurgen und Promi Jeff Hoeyberghs in einem Vortrag vor der rechtsextremen Studentenverbindung KVHV an der Universität Gent auf. Die Mehrheit der Studierenden und ganz Belgien reagierte empört. Rosa, unsere sozialistisch-feministische Kampagne in Belgien, hatte kurz nach der Mobilisierung gegen das rechtsextreme Treffen eine Zusammenstellung der ekelhaftesten Stellen seiner Rede veröffentlicht. Unser Video erreichte mehr als 1,5 Millionen Menschen auf Facebook und wurde später auszugewiesen im belgischen Fernsehen gezeigt. Alle Zeitungen schrieben über den Fall. So lösten wir eine öffentliche Diskussion über

Alle gemeinsam gegen Korruption

„Oktoberrevolution“ nennen irakische Arbeiter*innen & Jugendliche selbstbewusst ihre Bewegung, die am 1.10.19 startete. Mit unglaublicher Ausdauer trotzen sie bis heute der enormen Gewalt von Regierung und Milizen. Schon weit über 600 wurden ermordet, 25.000 verletzt und tausende verschwanden in Gefängnissen. Es ist die Armut, die Zukunftslosigkeit, die sie immer wieder auf die Straße treibt, aber immer mehr auch der Hass auf die „Sicherheitskräfte“. Seit der US-Invasion vor bald 17 Jahren kommt das Land nicht zur Ruhe: Die Wut über die Lage richtet sich nicht nur gegen die US-Besatzung, sondern immer wieder auch gegen die jeweils andere der beiden großen Konfessionen, Sunni bzw. Shia. Husseins Regime stützte sich auf die sunnitische Minderheit und die USA brachten in alter Teile&Herrsche-Manier eine schiitische Regierung an die Macht. Der Aufstieg des IS als angebliche Streiter für die Sunnit*innen hat auch hier ihren Ursprung. Anschläge, Pogrome... – die Geschichte des Konfessionskonflikts im Irak ist extrem blutig.

Heute liegt der Altersdurchschnitt etwa bei 20, also ist ein Großteil der Bevölkerung in dieser besonders brutalen Periode auf-

gewachsen. Genau diese Jüngeren gehen jetzt auf die Straße und zwar bewusst Schiit*innen und Sunnit*innen gemeinsam! Sie haben den geschürten Hass auf die andere Konfession hinter sich gelassen und sich im Kampf gegen die Regierung verbündet. Denn das iranisch-gestützte Regime ist der Feind aller Arbeiter*innen, Jugendlichen, Frauen und Armen.

Als die Protestbewegung dann auch im Iran losging, solidarisierten sie sich über die Ländergrenzen hinweg – eine enorm wichtige Entwicklung! Die „Revolutionsgarden“ gingen mit Gewalt gegen die Bewegung im Iran vor und deren Befehlshaber Suleimani koordinierte die Milizen, die im Irak gegen die Bewegung kämpften. Sie ermordeten sunnitische und schiitische Demonstrant*innen gleichermaßen. Der gemeinsame Feind, die herrschende Klasse, hat binnen kurzem sektiererische Grenzen verwischt. Ob das so bleibt, hängt auch am Erfolg der Bewegung, aber schon jetzt macht das Mut für alle, die gegen die Spaltung der Arbeiter*innenklasse durch Religion, Rassismus, Sexismus, Homophobie oder was auch immer kämpfen!

Till Ruster



Imperialismus ist tödlich

Reflexhaft bezeichnete das iranische Regime sowohl die Bewegungen im Irak wie im Iran als „von den USA gesteuert“. Als eine

Ursprung in der Korruption und der Unterdrückung durch das iranische Regime selbst. Die Demonstrant*innen im

Egal ob USA oder Iran: Es gibt kein kleineres Übel für die Bewegung im Irak oder im Iran.

US-Drohne den Anführer der „Revolutionsgarden“ Suleimani ermordete, versuchte das Regime die Bevölkerung im Hass auf die USA zu vereinen und die Proteste abzulenken. Aber das gelang trotz US-Sanktionen, die die Bevölkerung treffen, kaum. Denn die Bewegung hat ihre Wut nicht von der CIA eingebläst bekommen, sie hat ihren

Irak sind zum größten Teil unter der US-Besatzung und deren Marionettenregimes aufgewachsen. Sie wissen, dass der US-Imperialismus keine Verbesserung bedeutet. Sie kämpfen gegen den Einfluss der iranischen Regierung, weil sie ihre Geschicke selber in die Hand nehmen wollen. Wenn zwei imperialistische Mächte sich um den

Irak streiten, richten sich Revolutionär*innen gegen beide. Die Bewegung im Irak ist ein starkes Beispiel dafür: Die Solidarität zwischen den Protesten im Iran und dem Irak ist ein Schlüssel für beide, um erfolgreich sein zu können, denn sie bekämpfen am Ende den gleichen Gegner. Die innere Krise des Iran hängt auch mit dessen Rolle in den Konflikten der Region von Syrien bis Saudi-Arabien zusammen und die Antwort darauf muss eine internationalistische sein. Da die Sanders-Kampagne in den USA auch dafür kämpft, das US-Militärbudget in Verbesserungen für die 99% umzuwandeln, baut sich auch hier ein Bündnispartner auf.

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Zypern und der Kampf um das Gas

Das am 2.1.20 zwischen Griechenland, Zypern & Israel verabschiedete EastMed-Abkommen sieht den Bau einer 1.900 km langen Pipeline vor, um Erdgas aus dem Levantinischen Meer über Zypern & Kreta nach Griechenland & Italien zu befördern. Die Türkei, Russland, Griechenland, Italien & Frankreich

streiten sich um den Zugang zu Energieressourcen. Das erhöht die Instabilität in der Region. Bereits im Jänner kam es zur gemeinsamen Erklärung unserer Genoss*innen aus Israel/Palästina, Griechenland & Zypern, die sich auch gemeinsam mit anderen Umwelt- & Gewerkschaftsaktivist*innen in einer von uns ini-

tierten Kampagne engagieren. Die Erfahrung des Nahen Ostens zeigt, wie gefährlich geopolitische Spiele um Kohlenwasserstoffe sind – so die Erklärung, die den Auftakt unserer Kampagne bildet. Für die Menschen in der Region gibt es keine Möglichkeit, von diesen Konfrontationen zu profitieren und kei-

nen Grund, an den Kriegsspielen der herrschenden Klassen Griechenlands und der Türkei teilzunehmen. Unsere Schwesterorganisationen beteiligen sich am Aufbau einer Bewegung auf beiden Seiten der Ägäis gegen die Militäreinsätze beider Regierungen.

net.xekinima.org
socialism.org.il
nedacy.wordpress.com

Irland nach den Wahlen

Nach den irischen Parlamentswahlen am 8. Februar können die beiden etablierten Parteien Fianna Fáil (FF) und Fine Gael (FG) gemeinsam keine Regierung mehr bilden. Gewonnen hat die linksnationalistische Sinn Féin (SF) und in geringerem Ausmaß die Grünen, die sozialistische Linke konnte den Großteil ihrer Sitze halten. Ergebnis und Verlauf des Wahlkampfes zeigen den Wunsch nach Veränderung und die gro-

ße Wut über die sozialen Zustände im Land.

Die Socialist Party (irische Schwesterorganisation der SLP), konnte den Sitz von Mick Barry in Cork halten, während Ruth Coppinger ihren Sitz knapp verloren hat. Während der Wahlkampagne betonten wir, dass echte Veränderung nicht in einer Koalition mit den etablierten Parteien stattfinden kann, sondern nur durch Bewegung von unten.

www.socialistparty.net



Kapp-Putsch: Das Proletariat im Kampf gegen Faschismus

Die Ereignisse rund um den Kapp-Putsch im März 1920 sind in eine Periode von Revolution und Konterrevolution eingebettet. In den Jahren nach 1918 versucht

Faschismus erfolgreich sein kann.

Im Zuge der Novemberrevolution 1918 scheint der Sturz des Kapitalismus in Reichweite und Karl Liebknecht ruft die sozialistische

wehrgeneral Walther Freyherr von Lüttwitz auf Berlin. Er und der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp erklären die Regierung unter Reichspräsident Ebert für abgesetzt. Ber-

jungen Kommunistischen Partei – landesweit, um die Lage gemeinsam zu erörtern. Es werden Milizen aus Arbeiter*innen gegründet, ebenso wie Aktionsausschüsse und Arbeiter*innenräte. Truppen, die sich auf die Seite des Putsches schlagen, werden bekämpft. Für 15. März wird ein Generalstreik ausgerufen, der das Land lahmlegt. Am Höhepunkt befinden sich 12 Millionen Menschen im Streik. Die Arbeiter*innenklasse ist sich ihrer Macht nicht nur bewusst, sie weiß sie auch zu nutzen. Die Entschlossenheit und das koordinierte Vorgehen zwingt die Putschisten in die Knie. Die letzten Versuche Kapps, mittels neuerlich verschärfter Repression und bonapartistischer Rhetorik das Ruder herumzureißen, scheitern.

Am 3. Tag des Generalstreiks bricht der Putsch schließlich in sich zusammen – der Widerstand der Arbeiter*innen hingegen geht weiter. Der Sieg über den Putsch soll nur der Anfang sein, nun soll es gegen Großgrundbesitz und Kapital gehen. Die Regierung will die Proteste jedoch wie schon 1918 abwürgen. Der Gewerkschaftsbund hingegen ruft (eher widerwillig) auf, die Pro-

teste so lange weiterzuführen, bis die Forderungen der Arbeiter*innen erfüllt werden. Der Verrat durch die Sozialdemokratie, die auch für die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht verantwortlich zeichnet, sitzt tief. Als die Regierung das 9-Punkte-Programm der Gewerkschaft stark verwässert akzeptiert, wird der Streik seitens der Bürokratie abgebrochen. Trotz der starken Einheitsfront an der Basis fehlt eine entschlossene und verankerte revolutionäre Führung, welche einen Weg vorwärts aufzeigen könnte.

Der Kapp-Putsch war mehr als ein Vorbote des Faschismus, er war der erste ernstzunehmende Versuch rechter Kräfte, die Weimarer Republik zu stürzen. Die Ziele von Hitler und Kapp deckten sich weitgehend. Dies war der Basis der Arbeiter*innenparteien bewusst, und so griff sie entschlossen zu den beschriebenen wirksamsten Mitteln des Kampfes. Auch heute noch können wir aus den damaligen Ereignissen lernen und Lehren ziehen. Die zentrale Rolle der Arbeiter*innenklasse im antifaschistischen Kampf ist auch heute eine Grundvoraussetzung für dessen Erfolg.

Stefanie Klamuth

Deutschland 1920: Die Arbeiter*innenklasse ist sich ihrer Macht bewusst und weiß sie auch zu nutzen.

die Arbeiter*innenklasse mehrmals, die Macht des Kapitals zu brechen, um eine sozialistische Demokratie zu verwirklichen. Dass die Versuche am Ende scheitern, ist hinlänglich bekannt. Dennoch sind die Jahre der Revolten und Erhebungen, der Generalstreiks und des Massenwiderstands, eine spannende Phase in der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und im Kampf gegen den Faschismus. Auch im Jahr 2020 ist die Frage noch aktuell: Wie kann der Faschismus geschlagen werden? In Zeiten stetiger Zugewinne rechtsextremer oder faschistischer Parteien müssen wir uns der Gefahr bewusst und wachsam sein. Die deutsche Arbeiter*innenklasse hat bereits im März 1920 gezeigt, wie Massenwiderstand gegen Reaktion und

Republik aus. Die Regierung unter dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert hingegen nutzt den alten Staatsapparat, um den Kapitalismus aufrechtzuerhalten, anstatt ihn zu zerschlagen. Die Lage der Arbeiter*innen verschlechtert sich weiter – fast das gesamte Jahr 1919 hindurch kommt es zu Wellen von Streiks und Aufständen, die immer wieder brutal niedergeschlagen werden. Tausende Arbeiter*innen und führende Personen der KPD werden ermordet – unter ihnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Da den Arbeiter*innen eine zentrale Führung fehlt, können die rechtsextremen Formationen Reichswehr und Freikorps die einzelnen Schlachten gewinnen und ihre Macht festigen.

In der Nacht zum 13. März 1920 marschieren schließlich bewaffnete Einheiten unter der Führung von Reichs-

lin fällt nach der Flucht der Regierung kampflos an die Putschisten, deren Einheiten großteils weiße Hakenkreuze als Zeichen ihrer politischen Gesinnung auf den Helmen tragen. Faschismus und Bonapartismus als Elemente bürgerlichen Krisenmanagements sind stets Ausdruck einer schweren Strukturkrise des Kapitalismus und einer abwartenden Politik der Führung des Proletariats. Wie Leo Trotzki 1932 in „Der deutsche Bonapartismus“ schreibt: „Der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft stellt den Bonapartismus – neben dem Faschismus und in Zusammenhang mit diesem – auf die Tagesordnung.“

Die Antwort der Arbeiter*innenklasse folgt auf dem Fuß. Sofort nach Bekanntwerden der Entwicklungen in Berlin treffen sich Arbeiter*innen – sowohl Anhänger*innen der Sozialdemo-kratie wie der

Fünf Gründe, warum...

1 Weil die Beschäftigten in der privaten Pflege und im Sozialbereich viel zu wenig verdienen. V.a. Frauen arbeiten auch Teilzeit und landen dann in einer Situation mit Minipension. Eine ordentliche Erhöhung der Einkom-

*...der Sozialbereich
ausfinanziert werden muss.*

men und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und mehr Personal sind dringend nötig.

2 Weil mindestens 10% mehr Personal dringend nötig sind. Laufende Überarbeitung, gestiegene Dokumentationspflichten, anspruchsvollere Klient*innen uvm. haben die Arbeit extrem verdichtet.

3 Weil der Bedarf steigt: Alle werden älter, und damit auch Menschen mit Beeinträchtigungen. Solange wir allerdings im Kapitalismus leben, werden auch die psychischen Krankheiten weiterhin zunehmen.

4 Weil ein Betreuungssystem, das die Rechte und Bedürfnisse der betroffenen Menschen achtet und wissenschaftliche Erkenntnisse umsetzt, mehr braucht: Mehr Infrastruktur, mehr Ausbildung und mehr Personal. Die SLP fordert seit langem einen echten Mindestlohn statt Taschengeld in den Werkstätten

für beeinträchtigte Menschen.

5 Weil Bund und Länder die Verantwortung auf private Vereine abschieben: 90% arbeiten nicht profitorientiert und leben direkt von der öffentlichen Hand – bekommen aber zu wenig Geld. Das kann nur zu Lasten von Klient*innen und Beschäftigten gehen. Darum muss der Sozial- und Pflegebereich in einem ersten Schritt von der öffentlichen Hand übernommen und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten und Klient*innen gestellt werden. Die Finanzierung muss nach den Bedürfnissen und nicht nach wirtschaftlichen Interessen erfolgen – Geld dafür ist genug da!

Michael Gehmacher,
Betriebsrat im Sozialbereich

Vor 5 Jahren...



...wurde in Argentinien die feministische Bewegung „Ni una menos“ (Nicht eine Frau* weniger) gegründet. Initiiert wurde sie von Künstler*innen und Journalist*innen, die dem Sexismus und der Gewalt gegen Frauen* etwas entgegensetzen wollten. Im Zentrum stehen Aktionen gegen Frauen*morde, für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt, sowie für die Rechte von Sexarbeiter*innen und Transpersonen. Zudem kämpft die Bewegung gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle und neoliberale Kürzungen. Ni una menos ist mittlerweile in zahlreichen Ländern – auch Österreich – aktiv und war ein Vorbote zu den jüngsten Protesten in Lateinamerika.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Klimaschutz – statt Kogler-Kurz!

Viele haben sich von der neuen Regierung eine klimafreundliche Politik erhofft. Die Grü-

Staatsfinanzen und damit über den wichtigsten Hebel für jede Klimapolitik. Doch das schlimmste

sind auf der kapitalistischen Profitlogik aufgebaut – also auf demselben System, das die Welt

bare Energien. Doch das sprengt den Rahmen der kapitalistischen Profitwirtschaft. Wir brauchen Massenmobilisierungen und Streiks in Betrieben, um die Wirtschaft der tödlichen Profitmaschine zu entreißen. Und wir brauchen eine politische Alternative: eine sozialistische Demokratie, in der wir alle gemeinsam die Wirtschaft planen, zum Wohl von Mensch und Umwelt!

Alec Jakolic

Die Regierung will nicht den Planeten retten, sondern die Profite.

nen haben das Umweltministerium bekommen, aber gleichzeitig wurde es aller Kompetenzen beraubt. Die ÖVP verfügt noch immer über die

ist: die grüne Parteispitze hat damit kein Problem. Ausnahmslos alle Maßnahmen, welche die Regierung als „klimafreundlich“ verkauft,

an den Rand der Klimakatastrophe geführt hat! Wenn es eine Zukunft geben soll, brauchen wir jetzt den Kompletumstieg auf erneuer-



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-

Sozial-Abo: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000000000000000

BIC: OPSKATWW

> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi



Termin

Linz:
Demo zum inter-
nationalen
Frauen*tag!
8. März,
14⁰⁰ Uhr,
Musiktheater
am Volksgarten

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Culture Exchange'
Grazbachgasse 47

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag,
(Genaue Termine findest du auf
der SLP-Website)

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)